Hauptsatzung des Amtes Leezen

Aufgrund des

- § 24 a der Amtsordnung für Schleswig-Holstein (AO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Februar 2003 (Gesetz- und Verordnungsblatt Schleswig-Holstein 2003 S. 112), zuletzt geändert durch Landesverordnung vom 27. Oktober 2023 (Gesetz- und Verordnungsblatt Schleswig-Holstein S. 514) in Verbindung mit
- § 4 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Februar 2003 (Gesetz- und Verordnungsblatt Schleswig-Holstein Seite 57), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 2024 (Gesetz- und Verordnungsblatt Schleswig-Holstein S. 404),

wird nach Beschluss des Amtsausschusses vom 30. September 2024 und mit Genehmigung des Landrats des Kreises Segeberg folgende Hauptsatzung des Amtes Leezen erlassen.

Ferner gelten hierin verwendete personenbezogene Bezeichnungen jeweils auch in ihrer weiblichen Form.

§ 1

Amtssitz, Wappen, Siegel

(zu beachten: § 1 Abs. 2 und 4 AO, § 12 GO)

- (1) Die Verwaltung des Amtes hat ihren Amtssitz in Leezen.
- (2) Das Wappen des Amtes Leezen zeigt in Gold eine zwölfblättrige, bewurzelte grüne Eiche; im blauen Schildfuß eine silberne Brasse.
- (3) Das Dienstsiegel zeigt das Amtswappen mit der Umschrift „*Amt Leezen Kreis Segeberg*“.
- (4) Die Verwendung des Amtswappens durch Dritte bedarf der Zustimmung des Amtsdirektors.

§ 2

Amtsausschuss

(zu beachten: §§ 9, 24 a AO und § 34 GO)

- (1) Der Amtsausschuss soll mindestens einmal alle 13 Wochen einberufen werden.
- (2) Jedes Mitglied des Amtsausschusses hat einen Stellvertreter. Die Stellvertretenden vertreten die Mitglieder des Amtsausschusses im Verhinderungsfall.
- (3) Der Amtsausschuss trifft auf Vorschlag des Amtsdirektors die Personalentscheidungen für Inhaber von Stellen, die dem Amtsdirektor unmittelbar unterstellt sind und Leitungsaufgaben erfüllen.

§ 3

Sitzung in Fällen höherer Gewalt

(zu beachten: § 35 a GO)

- (1) Bei Naturkatastrophen, aus Gründen des Infektionsschutzes oder vergleichbaren außergewöhnlichen Notsituationen, die eine Teilnahme der Gemeindevertreter an Sitzungen der Gemeindevertretung erschweren oder verhindern, können die notwendigen Sitzungen der Gemeindevertretung ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum als Videokonferenz durchgeführt werden. Dabei werden geeignete technische Hilfsmittel eingesetzt, durch die die Sitzung einschließlich der Beratungen und Beschlussfassungen zeitgleich in Bild und Ton an alle Personen mit Teilnahmerechten übertragen werden.
- (2) Sitzungen der Ausschüsse und der Beiräte können im Sinne des Absatzes 1 durchgeführt werden.
- (3) In einer Sitzung nach Absatz 1 und 2 findet eine Wahl im Falle eines Widerspruchs nach § 40 Absatz 2 GO durch geheime briefliche Abstimmung statt. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung.

(4) Das Amt entwickelt ein Verfahren, wie Einwohner im Fall der Durchführungen von Sitzungen im Sinne des Absatzes 1 Fragen zu Beratungsgegenständen oder anderen Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft stellen und Vorschläge und Anregungen unterbreiten können. Das Verfahren wird mit der Tagesordnung zur Sitzung im Sinne des Absatzes 1 bekanntgemacht.

(5) Die Öffentlichkeit im Sinne des § 35 Absatz 1 Satz 1 GO wird durch eine zeitgleiche Übertragung von Bild und Ton in einem öffentlich zugänglichen Raum und durch eine Echtzeitübertragung oder eine vergleichbare Einbindung über Internet hergestellt.

§ 4

Verwaltung

(zu beachten: §§1,7,15 a, 23 AO, § 19 a GkZ)

Das Amt Leezen unterhält an seinem Amtssitz eine eigene Verwaltung. Die Verwaltung wird von einem hauptamtlichen Amtsdirektor geleitet.

§ 5

Amtsvorsteher

(zu beachten: § 12 AO, §§ 10, 16a, 28, 34 GO)

(1) Dem Amtsvorsteher obliegen die ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben. Der Amtsvorsteher vertritt die Belange des Amtsausschusses gegenüber dem Amtsdirektor als verwaltungsleitendem Organ des Amtes.

(2) Der Amtsvorsteher wird im Falle seiner Verhinderung von seinen Stellvertretern in der Reihenfolge ihrer Wahl vertreten. Die Stellvertretenden können nicht gleichzeitig Stellvertreter des Amtsdirektors sein.

(3) Bei repräsentativen Anlässen wird das Amt durch den Amtsvorsteher vertreten.

§ 6

Amtsdirektor

(zu beachten: § 10 Absatz 1, §§ 15 b, 15 c AO, §§ 6, 11 KomBesVO)

(1) Der Amtsdirektor leitet die Verwaltung des Amtes in eigener Zuständigkeit nach den Zielen und Grundsätzen des Amtsausschusses und im Rahmen der von ihm bereitgestellten Mittel. Er ist für die sachliche und wirtschaftliche Erledigung der Aufgaben, die Organisation und den Geschäftsgang der Verwaltung sowie für die Geschäfte der laufenden Verwaltung verantwortlich.

(2) Der Amtsdirektor wird für die Dauer von sechs Jahren gewählt.

(3) Außer den ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben obliegen dem Amtsdirektor die Entscheidungen, die nicht nach § 10 AO dem Amtsausschuss vorbehalten sind. § 7 dieser Hauptsatzung bleibt unberührt. Ausgenommen von der Übertragung ist die Entscheidung über die Befangenheit von Mitgliedern des Amtsausschusses.

(4) Er entscheidet ferner über

1. Stundungen bis zu einem Betrag von 10.000,- EUR,
2. den Verzicht auf Ansprüche des Amtes und die Niederschlagung solcher Ansprüche, die Führung von Rechtsstreiten und den Abschluss von Vergleichen, soweit ein Betrag von 1.000,- EUR nicht überschritten wird,
3. die Übernahme von Bürgschaften, den Abschluss von Gewährverträgen und die Bestellung anderer Sicherheiten für Dritte sowie Rechtsgeschäfte, die dem wirtschaftlich gleichkommen, soweit ein Betrag von 1.000,- EUR nicht überschritten wird,
4. den Erwerb von Vermögensgegenständen, soweit der Wert des Vermögensgegenstandes einen Betrag von 10.000,- EUR nicht übersteigt,
5. den Abschluss von Leasing-Verträgen, soweit der monatliche Mietzins 500,- EUR nicht übersteigt,
6. die Veräußerung und Belastung von Amtsvermögen, soweit der Wert des Vermögensgegenstandes oder die Belastung einen Wert von 10.000,- EUR nicht übersteigt,
7. den Tausch von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten bis zum Wert von 25.000,- EUR;

8. die Annahme und Vermittlung von Schenkungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen bis zu einem Wert von 10.000,- EUR,
9. die Annahme von Erbschaften bis zu einem Wert von 5.000,- EUR,
10. die Anmietung und Anpachtung von Grundstücken und Gebäuden, soweit der monatliche Miet-/Pachtzins 1.000,- EUR nicht übersteigt,
11. die Vergabe von Aufträgen bis zu einem Wert von 10.000,- EUR,
12. die Vergabe von Architekten- und Ingenieurleistungen bis zu einem Wert von 5.000,- EUR
13. die Gewährung von Zuschüssen und Darlehen durch das Amt, soweit ein Betrag von 10.000,- EUR nicht überschritten wird.

(5) Der Amtsdirektor berät die ehrenamtlichen Bürgermeister der amtsangehörigen Gemeinden. Ziel der Beratung ist es, die rechtmäßige, zweckmäßige und wirtschaftliche Wahrnehmung der Verwaltung sowie das Wohl der Einwohner sicherzustellen. Zu der Beratung gehören insbesondere Fragen der Anwendung des § 43 GO. Über die Form (mündlich bzw. schriftlich), Zeitpunkt und Ort der Beratung (in der Gemeinde, in der Amtsverwaltung oder an einem anderen Ort) entscheidet der Amtsdirektor nach pflichtmäßigem Ermessen und möglichst in Abstimmung mit den ehrenamtlichen Bürgermeistern. In geeigneten Fällen kann der Amtsdirektor auch einen Mitarbeitenden des Amtes mit der Beratung beauftragen.

(6) Der Amtsausschuss wählt aus seiner Mitte für die Dauer der Wahlzeit zwei Stellvertretungen des Amtsdirektors.

§ 7

Einstellung der Beschäftigten des Amtes

(zu beachten: § 15b Abs. 7 AO i.V.m. § 55 GO)

Der Amtsdirektor entscheidet über die Einstellung der Beschäftigten des Amtes. Unberührt bleibt § 2 Abs. 3 dieser Hauptsatzung.

Ausgenommen hiervon sind Personalentscheidungen für Inhaber von Stellen, die dem Amtsdirektor unmittelbar unterstellt sind und Leitungsaufgaben erfüllen.

§ 8

Gleichstellungsbeauftragte

(für Ämter mit eigener Verwaltung:

zu beachten: § 22 a, § 2 Absatz 3 GO)

(1) Die Gleichstellungsbeauftragte ist ehrenamtlich tätig.

(2) Die Gleichstellungsbeauftragte trägt zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern im Amt Leezen bei. Sie ist dabei insbesondere in folgenden Aufgabenbereichen tätig:

- Einbringung frauenspezifischer Belange in die Arbeit des Amtsausschusses, der Gemeindevertretungen der amtsangehörigen Gemeinden, z.B. auch bei der Aufstellung eines Bebauungsplanes, und der von dem Amtsdirektor geleiteten Verwaltung,
- Prüfung von Verwaltungsvorlagen auf ihre Auswirkungen für Frauen,
- Mitarbeit an Initiativen zur Verbesserung der Situation von Frauen im Amt,
- Anbieten von Sprechstunden und Beratung für hilfesuchende Frauen,
- Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Gruppen, Institutionen, Betrieben und Behörden, um frauenspezifische Belange wahrzunehmen.

(3) Die Gleichstellungsbeauftragte unterliegt der allgemeinen Dienstaufsicht des Amtsdirektors; sie ist in Ausübung ihrer Tätigkeit an fachliche Weisungen des Amtsdirektors nicht gebunden.

(4) Der Amtsdirektor hat die Gleichstellungsbeauftragte im Rahmen ihres Aufgabenbereiches an allen Vorhaben so frühzeitig zu beteiligen, dass deren Initiativen, Anregungen, Vorschläge, Bedenken oder sonstige Stellungnahmen berücksichtigt werden können. Dazu sind ihr die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Unterlagen zur Kenntnis zu geben sowie erbetene Auskünfte zu erteilen.

(5) Die Gleichstellungsbeauftragte kann in ihrem Aufgabenbereich eigene Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Dabei ist sie an Weisungen nicht gebunden. Sie kann an den Sitzungen des Amtsausschusses und der Ausschüsse teilnehmen. Dies gilt auch für nichtöffentliche Teile von Sitzungen. Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen sind ihr rechtzeitig bekannt zu geben. In Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches ist ihr auf Wunsch das Wort zu erteilen.

§ 9

Ständige Ausschüsse

(zu beachten: §§ 10 a, 15 d, 24 a i.V.m. § 16 a GO)

(1) Die folgenden ständigen Ausschüsse nach § 10 a AO i.V.m. § 15 d AO werden gebildet:

a.) **Hauptausschuss:**

Zusammensetzung: 7 Mitglieder des Amtsausschusses und der Amtsdirektor ohne Stimmrecht.

Aufgabengebiet – Aufgaben nach § 15 d AO i.V.m. § 45 b GO, insbesondere:

Vorbereitung der Amtsausschusssitzungen über die Festlegung von Zielen und Grundsätzen, Berichtswesen, Finanzwesen, Vorbereitung der Haushaltssatzung mit Anlagen, Vorbereitung der Stellungnahmen zu Prüfungsberichten, Grundstücksangelegenheiten, Prüfung des Jahresabschlusses

Der Hauptausschuss entscheidet ferner über

1. Stundungen ab einem Betrag von 10.000,- EUR bis 25.000,- EUR,
2. den Verzicht auf Ansprüche des Amtes und die Niederschlagung solcher Ansprüche, die Führung von Rechtsstreitigkeiten und den Abschluss von Vergleichen, soweit ein Betrag ab 1.000,- EUR bis 5.000,- EUR nicht überschritten wird,
3. die Übernahme von Bürgschaften, den Abschluss von Gewährverträgen und die Bestellung anderer Sicherheiten für Dritte sowie Rechtsgeschäfte, die dem wirtschaftlich gleichkommen, soweit ein Betrag ab 1.000,- EUR bis 5.000,- EUR nicht überschritten wird,
4. den Erwerb von Vermögensgegenständen, soweit der Wert des Vermögensgegenstandes einen Betrag ab 10.000,- EUR bis 25.000,- EUR nicht übersteigt,
5. den Abschluss von Leasing-Verträgen, soweit der monatliche Mietzins ab 500,- EUR bis 2.000,- EUR nicht übersteigt,
6. die Veräußerung und Belastung von Amtsvermögen, soweit der Wert des Vermögensgegenstandes oder die Belastung einen Wert ab 10.000,- EUR bis 20.000,- EUR nicht übersteigt,
7. den Tausch von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten ab einem Wert von 25.000,- EUR bis 40.000,- EUR,
8. die Annahme und Vermittlung von Schenkungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen ab einem Wert von 10.000,- EUR bis 25.000,- EUR,
9. die Annahme von Erbschaften ab einem Wert von 5.000,- EUR bis 20.000,- EUR,
10. die Anmietung und Anpachtung von Grundstücken und Gebäuden soweit der monatliche Miet-/Pachtzins je Objekt ab 1.000,- EUR bis 4.000,- EUR nicht übersteigt,
11. die Vergabe von Aufträgen ab einem Wert von 10.000,- EUR bis 25.000,- EUR, ausgenommen sind Auftragsvergaben des Klärwerksausschusses,
12. die Vergabe von Architekten- und Ingenieurleistungen ab einem Wert von 5000,- EUR bis 25.000,- EUR
13. die Gewährung von Zuschüssen und Darlehen durch das Amt, soweit ein Wert ab 10.000,- EUR bis 50.000,- EUR nicht überschritten wird.

b.) **Maßnahmenausschuss:**

Zusammensetzung 9 Mitglieder, davon 2 Bürger, die der Gemeindevertretung einer amtsangehörigen Gemeinde angehören oder angehören können

Aufgabengebiet:

Betreuung der Grund- und Gemeinschaftsschule des Amtes Leezen einschließlich Volkshochschulwesen, Nutzung der eigenen Sporteinrichtungen, Hoch- und Tiefbauvorhaben des Amtes und der Gemeinden, soweit nach § 5 AO übertragen

c.) Klärwerksausschuss

Zusammensetzung: 5 Mitglieder aus den Gemeinden Bebensee, Groß Niendorf, Leezen und Neversdorf, davon sollten je 1 Mitglied den Gemeinden Bebensee, Groß Niendorf und Neversdorf sowie 2 Mitglieder der Gemeinde Leezen angehören

Aufgabengebiet:

Angelegenheiten des Klärwerks Neversdorf mit den dazugehörigen Abwassereinrichtungen in den Gemeinden Bebensee, Groß Niendorf, Leezen (ohne OT Heiderfeld) und Neversdorf

(2) Den Ausschüssen wird die Entscheidung über die Befangenheit ihrer Mitglieder und der nach § 10 a Absatz 4 AO an den Ausschusssitzungen teilnehmenden Mitgliedern des Amtsausschusses übertragen.

(3) Der Klärwerksausschuss entscheidet im Rahmen seines Aufgabengebietes nach Abs. 1 Buchstabe c.) über Auftragsvergaben ab einem Wert von 10.000,- EUR.

(4) Für die in Abs. 1 Buchst. a) bis c) genannten Ausschüsse ist ein Stellvertreter für jedes Ausschussmitglied für den Verhinderungsfall zu wählen. Die Stellvertretenden sollen der jeweiligen Gemeindevertretung angehören können; dies gilt nicht für den Hauptausschuss.

§ 10

Verträge nach § 29 Absatz 2 GO

Verträge der Gemeinde mit Gemeindevertretern, Mitgliedern oder stellvertretenden Mitgliedern der Ausschüsse nach § 46 Absatz 3 GO oder dem Bürgermeister und juristischen Personen, an denen Gemeindevertreter, Mitglieder oder stellvertretende Mitglieder der Ausschüsse nach § 46 Absatz 3 GO oder der Bürgermeister beteiligt sind, die keinen öffentlichen Auftrag im Sinne des geltenden Vergaberechtes zum Gegenstand haben, sind ohne Zustimmung der Gemeindevertretung rechtsverbindlich, wenn sie sich innerhalb einer Wertgrenze von 25.000,- EUR, bei wiederkehrenden Leistungen von monatlich 2.500,- EUR, halten. Verträge, die die Vergabe eines öffentlichen Auftrages zum Gegenstand haben, sind ohne Zustimmung der Gemeindevertretung rechtsverbindlich, wenn die Auftragsvergabe unter Anwendung des für die jeweilige Auftragsart geltenden Vergaberechtes erfolgt ist und der Auftragswert den Betrag von 25.000,- EUR, bei wiederkehrenden Leistungen einen Betrag von 2.500,- EUR im Monat, nicht übersteigt. Erfolgt die Auftragsvergabe unter den Voraussetzungen des Satzes 2 im Wege der Verhandlungsvergabe oder im Wege des Direktauftrages, ist der Vertrag ohne Beteiligung der Gemeindevertretung rechtsverbindlich, wenn der Auftragswert den Betrag von 25.000,- EUR, bei wiederkehrenden Leistungen einen Betrag in Höhe von 2.500,- EUR im Monat, nicht übersteigt.

§ 11

Verpflichtungserklärungen

(zu beachten: § 24 a AO i.V.m. § 51 Abs. 4 GO / § 56 Abs. 4 GO)

Verpflichtungserklärungen zu Geschäften, deren Wert 25.000,- EUR, bei wiederkehrenden Leistungen monatlich 2.500,- EUR, nicht übersteigt, sind rechtsverbindlich, auch wenn sie nicht den Formvorschriften des § 24 a AO i.V.m. § 56 Abs. 2 und 3 GO entsprechen. Satz 1 gilt entsprechend für Ernennungsurkunden von Beamten bis einschließlich Besoldungsgruppe A 11 BBesO, für Arbeitsverträge mit Beschäftigten bis einschließlich Entgeltgruppe 10.

§ 12

Verarbeitung personenbezogener Daten

(zu beachten: Datenschutz-Grundverordnung, Landesdatenschutzgesetz)

(1) Namen, Anschrift, Funktion, Fraktionszugehörigkeit und Tätigkeitsdauer der Mitglieder der Gemeindevertretung sowie der sonstigen Ausschussmitglieder werden von der Gemeinde zu allen mit der Ausübung des Mandats verbundenen Zwecken verarbeitet. Die Daten nach Satz 1 werden auch nach Ausscheiden aus dem Amt zu archivarischen Zwecken weiterverarbeitet. Dies gilt nicht für die Anschrift.

(2) Darüber hinaus verarbeitet die Gemeinde Anschrift und Kontoverbindung der in Absatz 1 Satz 1 genannten Personen für den Zweck der Zahlung von Entschädigungen. Eine Übermittlung von Daten an das zuständige Finanzamt findet gemäß der Mitteilungsverordnung in Verbindung mit § 93 a Abgabenordnung statt. Eine darüberhinausgehende Übermittlung an Dritte findet nicht statt.

(3) Für den Zweck, Gratulationen auszusprechen, kann die Gemeinde auch das Geburtsdatum der in Absatz 1 Satz 1 genannten Personen verarbeiten, soweit dafür die Einwilligung der Betroffenen vorliegt.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend für die Daten von ehrenamtlich Tätigen.

(5) Die Daten nach Absatz 1 Satz 1 werden durch die Gemeinde in geeigneter Weise veröffentlicht, gegebenenfalls zusammen mit weiteren Daten nach § 32 Absatz 4 Gemeindeordnung. Absatz 1 Satz 3 gilt entsprechend.

§ 13

Veröffentlichungen

(zu beachten: Bekanntmachungsverordnung, §§ 4a, 6a und 10a BauGB)

(1) Die Bekanntmachungen und Verkündungen des Amtes werden durch Bereitstellung auf der Internetseite www.amt-leezen.de bekanntgemacht.

(2) Textfassungen der Satzungen und Verordnungen werden in der Amtsverwaltung Leezen, Hamburger Straße 28, 23816 Leezen zur Mitnahme bereitgehalten. Auf Antrag kann sich jede Person Satzungen und Verordnungen kostenpflichtig zusenden lassen.

(3) Auf die gesetzlich vorgeschriebene Auslegung von Plänen und Verzeichnissen ist in der Form des Absatzes 1 Satz 1 hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt einen Monat, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist. Beginn und Ende der Auslegung sind auf dem ausgelegten Exemplar mit Unterschrift zu vermerken.

(4) Andere gesetzlich vorgeschriebene öffentliche Bekanntmachungen erfolgen ebenfalls in der Form des Absatzes 1, Satz 1 soweit nicht etwas anderes bestimmt ist.

§ 14

Inkrafttreten

Die Hauptsatzung tritt am 01. Januar 2025 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung vom 27. März 2014, zuletzt geändert durch eine Nachtragssatzung vom 21. September 2016, außer Kraft.

Die Genehmigung nach § 24 a der Amtsordnung in Verbindung mit § 4 Abs. 1 der Gemeindeordnung wurde durch Verfügung des Landrats des Kreises Segeberg am 08. Oktober 2024 erteilt.

Leezen, den 16. Oktober 2024

(L.S.) gez. Mathias Warn
Amtsvorsteher